

Amt Schafflund
Der Amtsvorsteher



Gemeinde Böxlund
Der Bürgermeister



Gemeinde Großenwiehe
Der Bürgermeister



Gemeinde Hörup
Der Bürgermeister



Gemeinde Holt
Der Bürgermeister



Gemeinde Jardelund
Der Bürgermeister



Gemeinde Lindewitt
Der Bürgermeister



Gemeinde Medelby
Der Bürgermeister



Gemeinde Meyn
Der Bürgermeister



Gemeinde Nordhackstedt
Der Bürgermeister



Gemeinde Osterby
Der Bürgermeister



Gemeinde Schafflund
Der Bürgermeister



Gemeinde Wallsbüll
Der Bürgermeister



Gemeinde Weesby
Der Bürgermeister



Schafflund, 15.06.2009

Vorab per E-mail und Fax

An die
Bundeskanzlerin
der Bundesrepublik Deutschland
Frau Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

An den
Ministerpräsidenten
des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Peter Harry Carstensen
Postfach 7122
24171 Kiel

Ansprechpartner:

Amtsvorsteher
Jürgen Schrum
Tel. 04639/1263 oder 781300
E-Mail: juergen.schrum@t-
online.de

Leitender Verwaltungsbeamter
Jörg Hauenstein
Tel. 04639/7012 -700
E-Mail: lvb@amt-schafflund.de

nachrichtlich:

Bundesebene:

An den Fraktionsvorsitzenden
der CDU / CSU im Deutschen Bundestag
Herrn Volker Kauder

An den Fraktionsvorsitzenden
der SPD im Deutschen Bundestag
Herrn Peter Struck

An den Fraktionsvorsitzenden
der FDP im Deutschen Bundestag
Herrn Guido Westerwelle

An den Fraktionsvorsitzenden
„Die Linke“ im Deutschen Bundestag
Herrn Gregor Gysi

An die
Fraktionsvorsitzende
im Deutschen Bundestag
Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Renate Künast

Mitglied des Bundestages
Herrn Wolfgang Börnsen

Mitglied des Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Wodarg

Landesebene:

An den Fraktionsvorsitzenden
der CDU im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Herrn Dr. Johann Wadehul

An den Fraktionsvorsitzenden
der SPD im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Herrn Dr. Ralf Stegner

An den Fraktionsvorsitzenden
Bündnis 90/die Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Herrn Karl-Martin Hentschel

An den Fraktionsvorsitzenden
der FDP im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Herrn Wolfgang Kubicki

An die Fraktionsvorsitzende
des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Frau Anke Sporendonk

An den Landtagsabgeordneten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Lothar Hay

An die Landtagsabgeordnete
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Anke Sporendonk

An die Landtagsabgeordnete
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Frauke Tengler

Offener Brief zur CO₂ Abscheidung und Speicherung (CCS)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Carstensen,

wir wenden uns als Amtsvorsteher und Bürgermeister als eine von der CCS Technologie betroffenen Region an Sie.

Wie bereits hinlänglich bekannt, beabsichtigt die RWE Dea AG in den Bereichen der Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg ca. 270 km² geophysikalisch auf die Eignung von CO₂ Lagerstätten zu untersuchen.

Im Kreis Schleswig-Flensburg ist ausschließlich unser Amtsbereich mit seinen Gemeinden betroffen. Die Messungen dienen zur Vorerkundung für einen CO₂ Speicher in unserer Region für ein geplantes CCS Braunkohlekraftwerk der RWE Dea in Köln-Hürth. Der CO₂ Abtransport soll durch eine ca. 530 km lange Pipeline sichergestellt werden. Laut RWE Dea AG ist eine Verpressung von ca. 2,6 Mio. t CO₂ pro Jahr geplant. Die RWE Dea strebt die Inbetriebnahme der Pipeline in unserer Region als Endlager für die Jahre 2014 / 2015 an.

Wenn man sich den bisherigen gesetzgeberischen Verfahrensgang auf Bundesebene für das geplante CCS-Gesetz und die Informationspolitik der RWE Dea betrachtet, entsteht bei uns vor Ort der Eindruck, dass dieses Vorhaben im Schnelldurchlauf umgesetzt werden soll. Wir vermissen bei diesem Gesamthema, das schwerwiegende energiepolitische und vor allem sicherheitstechnische Aspekte und Facetten aufweist, eine umsichtige und verantwortungsbewusste Behandlung durch die Entscheidungsträger.

Der Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages weist in seinem Sachstandbericht (Drucksache 16/9896) vom 01.07.2008 auf den noch erheblichen Forschungsbedarf sowie die Risiken und Umweltauswirkungen hin. So wird u. a. festgestellt, *dass selbst bei sorgfältiger Erkundung und verantwortlicher Auswahl von Lagerstätten unentdeckte Migrationspfade im Deckgestein existieren könnten. Außerdem wird ein Teil des Formationswassers vom eingepressten CO₂ verdrängt und muss seitlich ausweichen. Diese laterale Ausbreitung kann u. U. viele Quadratkilometer betragen. Die damit verbundenen Vorgänge sind derzeit noch nicht ausreichend wissenschaftlich untersucht und verstanden. Hier besteht akuter Forschungsbedarf.*

Auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung hat im Rahmen der Sachverständigenanhörung des Umweltausschusses des Bundestages am 25. Mai 2009 ganz erhebliche Bedenken gegen den Gesetzesentwurf – CCS – geäußert. So wird insbesondere ein erheblicher Forschungsbedarf gesehen, bevor die Rechtsgrundlage für eine Technik, die anwendungssicher noch gar nicht besteht, geschaffen wird. Der Sachverständigenrat warnt vor übereilten Weichenstellungen, da die Anwendung von CCS im großen Maßstab nicht befriedigend geregelt werden kann.

Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Haus des Kreises Nordfriesland in Husum haben uns Fachleute vom Institut für Geowissenschaften der Uni Kiel, der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe Hannover sowie des Ökoinstitutes e.V. Berlin, darüber informiert, dass die angestrebte Gesamtmaßnahme incl. einer Verpressung von jährlich 2,6 Mio. t CO₂ schon einen konkreten Arbeitstitel „Coast“ aufweist. Auf Nachfrage erklärten die Fachleute, dass man mit der angestrebten Ausgestaltung und der Dimension dieses Projektes Neuland betrete.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Planung und Durchführung von Maßnahmen zu CCS in unserer Region ab. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung, Bundestag sowie Landesregierung und Landtag auf, sich dafür einzusetzen, dass der Untergrund unserer Region, des Kreises Schleswig-Flensburg sowie seiner Nachbarkreise nicht als Endlager für CO₂ aus Kohlekraftwerken genutzt wird und dass die entsprechenden Explorationsvorhaben der RWE Dea unverzüglich eingestellt werden.

Wir lehnen als unmittelbar Betroffene den vorliegenden CCS Gesetzentwurf ab. Dieser Gesetzentwurf gibt keine Antworten auf die offenen Fragen hinsichtlich der unzureichend abgesicherten Gesundheitsrisiken. Eine der ungeklärten Fragen, was passiert mit unserem Grundwasser in Anbetracht der geschilderten Dimensionen kurz-, mittel- und langfristig?

Hinsichtlich der ökonomischen Ausgestaltung stellen wir die Frage nach einer tragfähigen Wirtschaftlichkeitsberechnung, insbesondere einer Kostenanalyse für die Abscheidung, Verdichtung, Transport, Lagerung bzw. Weiterverwendung des Kohlendioxids. Fachleute weisen darauf hin, dass die Technik der CO₂ Abscheidung zu energetischen Einbußen bei den Kraftwerken von 15 bis 30 % führt. Diese Einbußen müssen mit einem Mehr an Energieeinsatz wieder wettgemacht werden. Wie stellt sich mittel- und langfristig dieser Ressourcenverbrauch dar? Welche Auswirkungen ergeben sich für unsere Strompreise?

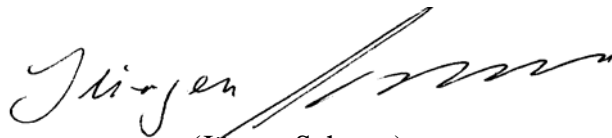
Hierauf haben wir bisher noch keine verbindlichen Antworten erhalten. Ebenso ist völlig offen, wer für die langfristige Betriebssicherheit von Speicherstätten die Kontrolle übernimmt und wer haftet letztendlich für die vielschichtigen Risiken? Die Betreiber von möglichen CO₂ Speichern haben verlauten lassen, dass sie nur bereit sind, bis zu 30 Jahre nach Stilllegung das Risiko für die CO₂ Endlager zu übernehmen. Dem Bericht des Fachausschusses des Bundestages – siehe o.

a. Drucksache – ist zu entnehmen, dass Fachleute vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Minderung von Treibhausgasen von einer Verweilzeit des CO₂ von 1000 bis 10.000 Jahren ausgehen. Die Risikoübertragung nach 30 Jahren auf das jeweilige Bundesland, also letztendlich auf den Steuerzahler, wirkt auf uns als grotesk und nicht nachvollziehbar.

Zusammenfassend bleibt für uns festzustellen, dass die Risiken für Mensch und Natur und somit für unsere Lebensgrundlagen, unübersehbar sind. Wir werden daher auf der Grundlage des geltenden Rechts keine Gestattung für das Betreten unserer kommunalen Grundstücke für Messungen oder sonstige CCS / CO₂ Maßnahmen aussprechen.

Wir werden uns mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln gegen die angestrebten CCS / CO₂ Maßnahmen wehren.

Mit freundlichen Grüßen



(Jürgen Schrum)

Amtsvorsteher des Amtes Schafflund



(Bernhard Brodal)

Bürgermeister
der Gemeinde Böxlund



(Hans Andresen)

Bürgermeister
der Gemeinde Großenwiehe



(Joachim Janke)

Bürgermeister
der Gemeinde Hörup



(Karl-Heinz Bendixen)

Bürgermeister
der Gemeinde Holt



(Peter Clausen)

Bürgermeister
der Gemeinde Jardelund



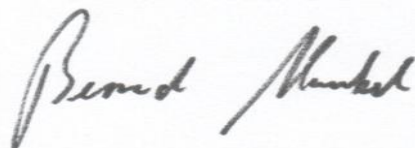
(Reinhard Friedrichsen)

Bürgermeister
der Gemeinde Lindewitt



(Günther Petersen)

Bürgermeister
der Gemeinde Medelby



(Bernd Henkel)

Bürgermeister
der Gemeinde Meyn



(Toni Ingwersen)
Bürgermeister
der Gemeinde Nordhackstedt



(Arnold Nommensen)
Bürgermeister
der Gemeinde Osterby



(Jürgen Schrum)
Bürgermeister
der Gemeinde Schafflund



(Werner Asmus)
Bürgermeister
der Gemeinde Wallsbüll



(Jens-Christian Hansen)
Bürgermeister
der Gemeinde Weesby